



Antrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und SSW

80 Jahre Befreiung von Auschwitz: Holocaust-Wissen und -Bewusstsein stärken und Maßnahmen im Bildungsbereich ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts der Ergebnisse der Studie *Eight-Country Index of Holocaust Knowledge and Awareness*¹ der Jewish Claims Conference bittet der Landtag die Landesregierung, die historisch-politische Bildung weiter zu stärken.

Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang die bisherigen Beschlüsse, insbesondere den Antrag *10-Punkte-Plan für jüdisches Leben - Bildungsoffensive gegen Antisemitismus in Schleswig-Holstein* (Drucksache 20/1617) und bittet die Landesregierung, im vierten Quartal 2025 einen Bericht über den Umsetzungsfortschritt der jeweiligen darin beschlossenen Maßnahmen seit Dezember 2023 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag vorzulegen.

Ergänzend dazu bittet der Landtag die Landesregierung:

- die derzeitigen Fachanforderungen und deren Umsetzung mit Blick auf die Ergebnisse der Studie zu überprüfen.
- ein schulpädagogisches und fachdidaktisches Konzept vorzulegen, wie insbesondere die historisch-politische Bildung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen gestärkt werden kann. Im Konzept sollen insbesondere Best-Practice-Beispiele hervorgehoben werden, wobei neben dem Unterricht auch außerunterrichtliche und außerschulische Angebote,

¹ Quelle: The First-Ever 8-Country Holocaust Knowledge And Awareness Index Shows Growing Gap In Knowledge About The Holocaust, Especially In Young Adults - Claims Conference

insbesondere Gedenkstätten einschließlich der Gedenkstätte Froeslev in Dänemark, berücksichtigt werden sollen. Dabei soll auch der Orientierungsrahmen zur Demokratiebildung in die Überlegungen einbezogen werden.

- die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte über Antisemitismus soll in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem IQSH weiterentwickelt werden. Ziel ist es, Formate für die historisch-politische Bildung zu konzipieren, die nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch die Erinnerungskultur in einer von Migration geprägten Welt stärken. Die Lehrkräftefortbildung mit der Gedenkstätte Yad Vashem und angehenden Lehrkräften soll wieder aufgenommen und weiterentwickelt werden, auch im Kontext der KMK.

Daneben bittet der Landtag die Landesregierung, die Gedenkstättenarbeit als Baustein einer Stärkung von Holocaust-Wissen und -Bewusstsein erneut in den Blick zu nehmen und zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte Schleswig-Holstein e.V. und der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten Wege zur Förderung entsprechender Bildungsangebote (beispielsweise in Orientierung an Konzepten des Forschungsfelds der Holocaust Education) zu prüfen. Hierbei bittet der Landtag die Landesregierung, die Möglichkeit von Kooperationen zwischen den Gedenkstätten und den Volkshochschulen zu erörtern.

Um die Sichtbarkeit der Gedenkstätten zu erhalten, bittet der Landtag die Landesregierung, im Rahmen der regelmäßigen Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden die Frage zu erörtern, inwieweit eine bessere Ausschilderung der Gedenkstätten umgesetzt werden kann.

Begründung:

Zum 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat die Jewish Claims Conference eine ländervergleichende Studie veröffentlicht. Die Studie vergleicht acht Länder zum Wissensstand der Bevölkerung zum Themenkomplex Holocaust. Ein Ergebnis ist, dass etwa 40 Prozent der befragten deutschen Jugendlichen nicht gewusst haben, dass etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden. Außerdem kannte etwa jede zehnte erwachsene Person die Begriffe *Holocaust* und *Schoa* nicht. Diese Ergebnisse sind insbesondere für Deutschland besorgniserregend und erfordern verstärktes Engagement für eine nachhaltige Erinnerungskultur und eine vielfältige demokratische Gesellschaft. In den vergangenen Jahren wurde durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen die historisch-politische Bildung zum Holocaust gestärkt, so z.B. hat sich die Zahl der Gedenkstättenfahrten von 2022 bis 2024 verdoppelt und das Thema wird in allen Schularten bis zur 9. Klassenstufe

unterrichtet. Es bleibt eine offene Frage, warum die ergriffenen Maßnahmen nicht zu den gewünschten Effekten führen.

Neben der Forschung zu Gedenk- und Erinnerungskultur ist insbesondere die Bildungspolitik gefordert, hier anzusetzen. Dabei müssen nicht nur die verschiedenen Fächer, sondern neben den allgemeinbildenden auch die berufsbildenden Schulen in den Blick genommen werden. Die Inhalte historisch-politischer Bildung müssen in allen Bildungsgängen verstärkt Berücksichtigung finden. In den berufsbildenden Schulen besteht hierbei die Chance, auch diejenigen Menschen noch zu erreichen, die aufgrund eines Fluchthintergrundes erst spät in das deutsche Schulsystem eingemündet sind.

Martin Balasus
und Fraktion

Anette Röttger
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion

Uta Röpcke
und Fraktion

Martin Habersaat
und Fraktion

Beate Raudies
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und Fraktion